

## **Demonstrationsaufruf zum 27. Mai am Abschiebedrehkreuz Halle-Leipzig**

**Nationalismus abbauen! Menschen in den Mittelpunkt rücken!**

Am 28. April fand bereits die fünfte vom Land Sachsen-Anhalt organisierte Sammelabschiebung über den Flughafen Halle-Leipzig statt. Damit hat Sachsen-Anhalt allein in diesem Jahr bereits 403 Personen unter Zwang aus dem Land gebracht. Doch auch Sachsen organisiert immer wieder Sammelabschiebungen und investiert damit in die Fluggesellschaften. Zielländer sind in erster Linie die Balkanstaaten. Der Übergang von Einzel- zu Sammelabschiebungen und die Erhöhung des Etats um das dreifache, machen deutlich, dass der Ausbau zum Abschiebeflughafen weiter vorangetrieben werden soll.

### *Die ersten Schritte zu einer menschenverachtenden Asylpolitik*

Mit dem Anstieg an Geflüchteten und deren Unterkünfte seit 2013 in Deutschland, hat in jedem neuen Jahr die Anzahl der Angriffe auf diese stark zugenommen. Es könnte fast die These aufgestellt werden, dass der Volksmob nur darauf gewartet hat, seinen Nationalsport aufzunehmen, es fehlte wohl bisher nur an passenden Zielen. Zeitgleich entstanden AfD, Pegida und sonstige Gruppierungen von völkischen Nationalchauvinisten und Rassisten. Wir erinnern uns: Anfang der 90er kam es zu den bekannten rechtsradikalen Ausschreitungen in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen. Der Volksmob war aktiv. Der Bund änderte prompt 1993 ('Asylkompromiss') das Grundgesetzes und führte damit sichere Herkunftstaaten ein. Mit der Zunahme der Angriffe ab 2013 begann nun auch zunehmend die Anwendung: 2014 wurden Teile der Balkanstaaten, 2015 die restlichen in die Liste sicherer Herkunftstaaten aufgenommen. Angesichts der lebensgefährlichen Diskriminierungen von Sinti und Roma, die hauptsächlich aus den Balkanstaaten flüchten, ist der Begriff 'sicherer' Herkunftstaat reine Augenwischerei. Stattdessen handelt es sich um unliebsame Flüchtlinge. Die sichere Herkunftstaatenregelung ist abzuschaffen, insbesondere weil der Bund seine Unfähigkeit die individuelle Bewertung vorzunehmen durch die massenhaften Abschiebungen von Roma und Sinti belegt hat.

### *Anerkannter Flüchtling auf Zeit*

Die Lebenssituation der zu großen Teilen entrechteten Flüchtlinge ist zunächst prekär. Nach der Flucht können einige Rechte mit einer Aufenthaltserlaubnis erlangt werden. Es folgt in der Regel der Asylantrag. Je nach Flüchtlingsstatus wird eine Aufenthaltserlaubnis von bis zu drei Jahren erteilt. Später muss ein weiterer Antrag gestellt werden. Nach jahrelangem Aufenthalt kann im besten Fall eine Niederlassungserlaubnis erfolgen. Es kann aber auch eine Abschiebung stattfinden wie es mit Menschen aus dem Irak und dem Kosovo geschehen ist. Das Herausreißen aus dem Lebensumfeld ist grausam Inhuman und die Forderung nach Integration ist blanker Hohn angesichts der langjährigen Bedrohung durch die Abschiebung. Anerkannte Flüchtlinge müssen ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten. Manch ein Flüchtling zieht logischerweise ein Leben in der Illegalität vor und verzichtet lieber auf Rechte anstatt in die gefährliche Heimat zurückzukehren. Das beschreibt die Unzumutbarkeit von Abschiebungen und die Unmenschlichkeit der Asylpolitik.

### *Abschiebepaxis*

Nachdem das BAMF mit Außenstelle in Halberstadt einen Asylantrag abgelehnt hat, folgt eine Abschiebeandrohung mit einer Frist, die zwischen 7 und 30 Tagen liegt. In dieser Zeit kann eine 'freiwillige Ausreise' vollzogen werden. Eine Asylklage zögert eine Abschiebung hinaus. Jetzt kann noch eine Duldung der örtlichen Ausländerbehörde aufgrund von vielfältigen Abschiebungshindernissen erfolgen. Ohne Duldung prüft die örtliche Ausländerbehörde den Verbleib und kann die Abschiebung in die Wege leiten. Dazu kann die Behörde Tickets für einen gewöhnlichen Linienflug buchen und die Information an die Polizeidirektion Süd in Halle weitergeben, die den Polizeieinsatz koordiniert. Das Abholen erfolgt in der Regel mitten in der Nacht durch Bundes- oder Landespolizei, die Flieger starten dann meist um Mittag. Wenn eine Begleitung beim Flug erfolgt, dann durch die sich freiwillig meldenden Bundespolizisten der etwa 600 Personenbegleiter Luft. Sammelabschiebungen verlaufen etwas anders. Der Polizeieinsatz ist wesentlich größer, grob die Hälfte der Sitzplätze im Flugzeug wird von der Bundespolizei besetzt und ein Bus wird eigens für die Anreise gemietet. Die Organisation der Charterflüge und die Kooperation mit anderen Bundesländern oblag bisher der zentralen Abschiebestelle in Halberstadt, seit letztem Jahr jedoch einem eigenen Bereich im Innenministerium.

Für diese Abschiebepaxis ist nicht nur Bund und Land verantwortlich zu machen. Die gesellschaftlichen Zustände lassen zu, dass in breiter Zusammenarbeit Abschiebungen durchgeführt werden können. Dabei kann das auch anders ablaufen. Die Lufthansa gibt an keine Sammelabschiebungen durchzuführen, was vermutlich auf die Imageschäden durch die Initiative 'kein Mensch ist illegal' zurückzuführen ist. Oft sind die Menschen bei einer Abschiebung verängstigt und Pilot\_Innen verweigern hin und wieder die Mitnahme bei Einzelabschiebungen, weil es ihnen aufgrund von Sicherheitsbedenken erlaubt ist. Das Bundesland Bremen, das prozentuale Schlusslicht bei Abschiebungen, hat kein Interesse am Wettstreit der anderen Bundesländer teilzunehmen. Natürlich können hier finanzielle Aspekte im Vordergrund stehen. Eine Abschiebung kostet Geld und die Personen sind dann ohnehin entweder Illegale oder sie verlassen das Land. Abschiebungen sind und bleiben ein nicht zu rechtfertigender Eingriff in das Leben eines Menschen.

Dort wo den Behörden keine Ausweisung möglich ist, übernehmen häufig Rassismus und Volksmob das Ruder und machen den Geflüchten das Leben so unangenehm, dass diese ohnehin nicht mehr bleiben wollen. Dem entgegen steht lediglich ein Bevölkerungsanteil, der an der Integration von anerkannten Flüchtlingen interessiert ist, zum Teil sogar nur aus rein wirtschaftlichem Interesse.

Deshalb rufen wir zusammen mit einer Gruppe aus Leipzig dazu auf am 27.Mai um 16.00 Uhr am Flughafen Halle-Leipzig zu demonstrieren und den Airport zu begehen. Stellen wir uns *öffentlich* dem gesellschaftlichem Ekel entgegen!  
Gemeinsamer Treffpunkt Halle Hauptbahnhof: 15.00 Uhr

**Für einen dauerhaften Abschiebestopp, ein dauerhaftes Bleiberecht & gegen die Entrechtung!**